

Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 15.03.2007

Vorlage Nr. 07-F-01-0025

Nichtraucherschutz

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.03.2007 -

Vorbemerkung:

Tabakrauch und Nikotinabhängigkeit stellen eine weithin unterschätzte, erhebliche Gesundheitsgefährdung mit möglicher Todesfolge dar. Ca. 10.000 Menschen sterben jährlich in Hessen durch Zigarettenkonsum, ca. 300 von ihnen durch die Folge des Passivrauchens. Das Einstiegsalter beim Tabakkonsum liegt bundesweit mittlerweile bei 11,6 Jahren. Diese Erkenntnisse erfordern einen kommunalen Schritt gegen die Gefahren des Rauchens und Passivrauchens bereits im Vorfeld einer Regelung auf Bundes- oder Länderebene.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die eindeutigen Signale, die auf Bundes- und Landesebene zum Nichtraucherschutz gegeben werden.

Der Magistrat wird daher beauftragt, in allen städtischen und den für die öffentliche Nutzung angemieteten Gebäuden, die in seine Zuständigkeit fallen, wie Büro-, Lager-, Verwaltungsgebäude, Sporthallen, Kindergärten und Kindertagesstätten sowie in allen städtischen oder für den städtischen Gebrauch angemieteten Fahrzeugen das Rauchen ab sofort generell zu untersagen. Dabei soll den abhängig rauchenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Hilfestellung zur Entwöhnung angeboten werden.

Insbesondere in Jugendeinrichtungen ist Rauchfreiheit in Verbindung mit Aufklärungsmaßnahmen über die Schädigungen durch das Rauchen zu veranlassen.

Die Eigenbetriebe werden beauftragt, über ihre Betriebskommissionen für die jeweilig zuständigen Bereiche ebensolche Rauchverbote zu erteilen.

Ergänzend wird das Gesundheitsamt beauftragt ein Konzept darüber zu erarbeiten, wie die Aufklärung über die Negativfolgen von Tabakrauch und Nikotinabhängigkeit dauerhaft in die kommunale Präventionsarbeit eingebunden werden kann.

Stadtverordnetenversammlung und Gesundheitsausschuss werden im nächsten Sitzungszug über die ergriffenen Maßnahmen informiert.

Beschluss Nr. 0143

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.03.2007 betr.

Nichtraucherschutz

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Gesundheitsausschuss überwiesen.

1. Herrn Vorsitzenden
des Gesundheitsausschusses
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2007

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .03.2007

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister